

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Klimaschutzproteste: Ein Kommentar von Sascha Bilay aus dem Plenum

5 „elly“ unterstützt: Erste Beratungsstelle gegen Hate-Speech in Erfurt eröffnet

7 Wohnen ist Menschenrecht: Rückblick auf Veranstaltung im Landtag



Gespräche führen

Wir wollen Thüringen überall gleich gut gestalten. Doch was das bedeutet, denken wir uns nicht alleine aus. Die Expert:innen dafür gibt es überall. Nicht nur im Thüringer Landtag, auch im Dorf, in der Stadt, im Verein, im Betrieb, in der Schule, im Krankenhaus und vielen anderen Orten. Die Räume zum Austausch mit all jenen zu schaffen, die im Alltag Ideen entwickeln oder Probleme lösen, ist uns besonders wichtig. Im Landtag genau wie im kleinen Ortsteil Willmersdorf.

Beim Bürger:innenstammtisch bestand für mich vor wenigen Tagen die Möglichkeit einmal in Ruhe darüber zu sprechen, was Menschen vor Ort bewegt. Der Wunsch nach längerem gemeinsamem Lernen, die Unterstützung beim Waldumbau zum Umwelt- und Klimaschutz, der Ausbau von Verkehrsverbindungen auch bis ins kleine Dorf oder die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements kamen da auf die Liste. Von Tisch zu Tisch waren es Gespräche, die oft mit der Frage begannen, warum denn „ein Politiker zu uns ins Dorf kommt und wissen will, was uns bewegt“. Das machen wir, weil die Gelegenheit zu diesem Austausch nicht zu kurz kommen darf. Weil wir im Austausch miteinander dieses Land gestalten wollen. Einen Austausch wie er mit unseren Abgeordneten und den Minister:innen der Landesregierung auch beim Thüringentag Schmalkalden möglich war. Ein Austausch den wir im Landtag auch mit Veranstaltungen wie zum „Wohnen als Menschenrecht“ möglich machen. Diese Form der gemeinsamen Diskussion zu unseren politischen Maßnahmen mit den Expert:innen vor Ort helfen weiter, den Modus einer politischen Auseinandersetzung zu überwinden, die nur noch auf reißerische Wortwahl oder griffige Überschriften aus ist. Lassen Sie uns deshalb im Gespräch bleiben über die Ideen für ein Thüringen überall gleich gut.

Christian Schaft, Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung



Die Fraktion DIE LINKE trat beim Thüringentag in Schmalkalden in Kontakt mit den Bürger:innen.

Mehr dazu auf der letzten Seite

Linker Ticker

Die Waldbrände an der Grenze zwischen den Bundesländern Thüringen und Bayern zeigen eindrücklich die erhöhte Waldbrandgefahr. **Donata Vogtschmidt**, Sprecherin für Katastrophenschutz und Feuerwehr der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zu den aktuellen Begebenheiten: „Die Wälder sind trocken und notwendige Regenfälle derzeit noch nicht in Sicht. Nun gilt eine besondere Aufmerksamkeit der Menschen, um schnellstmöglich Brände zu entdecken und einzudämmen. Dazu gehört ebenfalls, die möglichen Auslöser frühzeitig zu verhindern.“ Vogtschmidt wirbt dabei auch für die Seite www.sicherungsgewarnt.de, die vor einigen Tagen ans Netz ging, nachdem die LINKE gemeinsam mit SPD und GRÜNEN im Landeshaushalt 2022 eine sechsstellige Summe für die Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung über Warnsysteme, Sirenentöne, Krisenvorsorge und Reaktionen in Gefahrensituationen verankert hatte.“ +++ Anlässlich der vorgestellten Statistik der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (kurz: „RIAS“) erklärte **Katharina König-Preuss**, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Wir erleben eine messbare Zunahme antisemitischer Vorfälle in Thüringen, welche sukzessive nun mehr seit sechs Jahren ansteigen. Sowohl RIAs als auch die Polizei haben für das Jahr 2022 entsprechende Steigerungen antisemitischer Delikte festgestellt, das ist besorgniserregend und fordert uns alle heraus, Antisemitismus konsequenter als bisher entgegenzutreten - sei es auf der Straße, im persönlichen Umfeld, auf Facebook oder aber auch in unseren eigenen Reihen quer durch die politischen Parteien.“ +++ Nach dem Tarifstreit bei der Thüringer Waldquell GmbH in Schmalkalden kam es zu einer Einigung. Die Thüringer Beschäftigten erhalten eine Angleichung an das westdeutsche Lohnniveau der Beschäftigten im hessischen Stammbetrieb Bad Vilbel. Dazu **Lena Saniye Güngör**, arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin: „Zunächst: Glückwunsch an die Beschäftigten! Es ist aber ein Armutszeugnis, dass es nahezu 33 Jahre brauchte, um den Thüringer Beschäftigten den gleichen Lohn zu zahlen, den ihre westdeutschen Kolleg:innen erhalten, bei jedoch immer noch zwei Stunden mehr Arbeit wohlgeerntet.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de

Redaktionsschluss: 15. Juni 2023



Klimaschutzproteste - legitim und notwendig!

Ein Kommentar von Sascha Bilay

Mit den ersten Aktionen der „Klimakleber“ in Jena und Erfurt hat Thüringen endlich das Image der Provinzialität abstreifen können. Endlich kleben sich auch bei uns junge Menschen an den Straßen fest und lenken die wütenden Blicke staugeplagter Automenschen auf sich. Ein willkommenes Fest für alle, die schon immer den Klimawandel leugnen wollten.

Auf Wunsch der GRÜNEN-Landtagsfraktion hatte es dazu eine „Aktuelle Stunde“ gegeben. Es hatte keine zehn Sekunden gedauert, um nach der Feststellung, dass die Klimaschutzproteste legitim und notwendig sind, entsprechende Emotionen bei der Opposition hervorzurufen. Um es vorweg klarzustellen: Ja, das Blockieren von Straßen kann im Zweifelsfall eine Nötigung und somit einen Straftatbestand darstellen. Die bisherigen Aktionen dieser Art in Thüringen wurden jedoch als politische Versammlungen anerkannt und stehen somit unter dem Schutz des Versammlungsrechts. Wer parallel zur Aktion im Auto sitzt, muss dann für eine zumutbare Zeit die Einschränkung hinnehmen, dass das Auto steht.

Diejenigen, die sich darüber aufregen, sollten prüfen, ob sie sich in ähnlicher Art und Weise gestört fühlen, wenn auch aktuell die vermeintlichen „Spaziergänger“ Woche für Woche illegale Versammlungen durchführen und ebenfalls den Verkehr lahmlegen. Seit 2020 haben mehr als 2.500 Protestaktionen gegen die Corona-Politik stattgefunden, die regelmäßig nicht angemeldet wurden. Zwischenzeitlich haben zwar die Themen gewechselt: Ukraine-Krieg, Inflation, Energiemangellage.

Das Thema ist inzwischen völlig egal. Es geht um die Masche, sich trotz der vermeintlichen staatlichen Obrigkeit zu widersetzen, indem der gesetzliche Anspruch, eine Versammlung spätestens 48 Stunden vorher den Behörden anzuzeigen, damit sich alle darauf einstellen können, bewusst unterlaufen wird.

„Die Klimaschutzaktivist:innen haben nach Jahren der Enttäuschungen kein Vertrauen mehr, dass ihre Gesprächspartner:innen grundsätzliche Veränderungen einleiten.“

Sascha Bilay
Innenpolitischer Sprecher

Dass trotzdem vor allem die Polizei die nicht angemeldeten Versammlungen begleitet, ist kein Anzeichen dafür, dass die „Spaziergänge“ anerkannt werden. Vielmehr geht es darum, den Verkehr zu regeln und das Leben und die Gesundheit auch der Unbeteiligten zu

schützen. Im Übrigen haben auch die Gerichte in Deutschland die Klimaschutzproteste zwischenzeitlich als berechtigt anerkannt – zumindest teilweise. Das Amtsgericht Flensburg vertrat in einem vergleichbaren Fall die Auffassung, dass es sich bei Klimaschutzprotesten um einen „rechtfertigenden Notstand“ nach § 34 des Strafgesetzbuches handele und somit die Tat nicht strafbar sei. Vielmehr stünden die Protestaktionen im Einklang mit den Staatszielen. Infolgedessen müssen derartige Proteste den Schutz des Versammlungsrechts genießen, weil nur so das Recht auf freie Meinungsäußerung gewahrt werden kann. Vor diesem Hintergrund sind die Razzien bei Mitgliedern der „Letzten Generation“ äußerst fragwürdig. Neben dem Umstand, dass die von den Staatsanwaltschaften beauftragten Polizeiaktionen rechtlich umstritten sind, sind sie vor allem politisch völlig untauglich, sich dem Thema anzunehmen.

Das Problem liegt systematisch darin, dass diejenigen politischen Akteure, die politische Entscheidungen zu treffen haben, mit der Erfahrung groß geworden sind, dass ihr Wohlstand auf dem globalen Raubbau beruht. Sie haben kein Interesse daran, einen grundsätzlichen Politikwandel herbeizuführen. Die Klimaschutzaktivist:innen haben nach Jahren der Enttäuschungen kein Vertrauen mehr, dass ihre Gesprächspartner:innen grundsätzliche Veränderungen einleiten. Insofern greifen sie bei ihren Protestaktionen zum aus ihrer Sicht letzten Mittel. Und genau das hat beispielsweise das Amtsgericht Flensburg als zulässig erklärt.

Gleichwertige Entwicklung Thüringens

Fraktion gibt ein klares Votum für die Entwicklung des Nord-Thüringer Raums



Ralf Kalich, Sprecher für Landesentwicklung der Fraktion DIE LINKE

„Mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms wollen wir den ländlichen Raum stärken und die Energiewende beschleunigen“, erklärt Susanna Karawanskij, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft.

In einer thematischen Sitzung hat die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Landesentwicklung in den gesamtpolitischen Blick genommen und auch unter der Abwägung der Stellungnahmen aus der öffentlichen Beteiligung zur laufenden Teilfortschreibung eine Positionierung vorgenommen. Die Fraktion gibt ein klares Votum für die Entwicklung des Nord-Thüringer Raums mit der Forderung nach einem Oberzentrum Nordhausen. Der landespolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ralf Kalich begrüßt die Diskussion und stellt heraus, „dass für die Herstellung

gleichwertiger Lebensverhältnisse neben dem Indikatorenset aus Demografie, Wirtschaft und Erreichbarkeit auch die sozialen und kulturellen Indikatoren bedeutsam sind.“

Im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms werden erstmalig alle Zentralen Orte nach landeseinheitlichen Kriterien bestimmt. Die Ergänzung weiterer Gemeinden zu den bereits bestehenden Grundzentren in Thüringen nimmt die in der letzten Wahlperiode erfolgten Gemeindeneugliederungen auf. Diese orientieren sich an den Eckpunkten des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen. Demnach sollen alle neu gebildeten Gemeinden mit einer vorausgerechneten Zahl von mindestens etwa 6.000 Einwohnern im Jahr 2035 bzw. 2040 die Funktion eines Zentralen Ortes übernehmen. Damit erhöht sich die Zahl der Grundzentren von derzeit 76 auf 85. Dies trage nach dem Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft zur Stärkung des ländlich geprägten Raums bei. Die bisherigen Oberzentren Erfurt, Jena und Gera sollen um das Oberzentrum Eisenach sowie um das funktionsteilige Oberzentrum Südthüringen, bestehend aus den Städten Suhl, Zella-Mehlis, Schleusingen und Oberhof ergänzt werden.

Das Überarbeitungserfordernis des Abschnitts Energie resultiert aus neueren Anforderungen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Gelingen der Energiewende sowie aus den umfassenden Diskussionen der letzten Jahre insbesondere zum Thema Windenergie. Die auf die einzelnen Planungsregionen heruntergebrochenen regionalen Teilflächenziele unterscheiden sich,

dem Ministerium zufolge aufgrund der unterschiedlichen landschaftsräumlichen Voraussetzungen. Ziel sei eine faire und den tatsächlichen landschaftsräumlichen Voraussetzungen angemessene Verteilung der zukünftigen Vorranggebiete „Windenergie“ in Thüringen zu erreichen. Bei der Ausweisung von Vorranggebieten „Windenergie“ im Wald soll denjenigen Waldgebieten, die aufgrund von Extremwet-

terereignissen und Folgeschäden bereits flächige Schäden aufweisen, ein besonderes Gewicht beigemessen werden. „Im Weiteren soll der Erreichbarkeit mit dem Fahrrad ausgebaut werden, hier dient der Modal Split, also die Verkehrsmittelwahl der Menschen als Indikator. Dieser muss hinsichtlich des Radverkehrs unbedingt gesteigert werden“, schließt der Abgeordnete Ralf Kalich ab.



Bildung. Überall gleich gut.

Der LINKE Video-Podcast

Anja Müller hat dieses Mal im Podcast unseren bildungspolitischen Sprecher Torsten Wolf im Interview zu Gast. Er stellt die Pläne von LINKE, SPD und GRÜNEN zum neuen Schulgesetz in Thüringen vor. Zuvor berichtet unser wissenschaftspolitischer Sprecher über den Status Quo in der Bildung in Thüringen.

„Bildung. Überall gleich gut“ heißt für uns, dass jede und jeder in Thüringen – egal, ob er oder sie in einer unserer größeren Städte oder im ländlich geprägten Raum lebt – die gleichen Chancen hat, die bestmögliche Bildung und den bestmöglichen Bildungsabschluss zu erreichen. Die Voraussetzungen dafür sind ein flächendeckendes Netz aus technisch und personell gut ausgestatteten Kindergärten und Schulen. Mit unserem Entwurf für ein neues Schulgesetz haben wir Vorschläge gemacht, wie Schul-

standorte durch Kooperationen erhalten werden können, längeres gemeinsames Lernen ermöglicht wird und durch eine bessere Praxisorientierung berufsvorbereitende Schulbildung gestärkt wird. Der Herausforderung der Digitalisierung stellen wir uns, ebenso der Schaffung attraktiver Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für die Beschäftigten in der Bildung. Für uns ist das Ziel „Bildung ein Leben lang beitragsfrei“ eine Frage der Bildungsgerechtigkeit und -qualität. Dies sind nur wenige Beispiele, die zeigen, wie wir einen gleichwertigen Zugang zu Bildung überall in Thüringen erreichen wollen.



Mehr Info zu der Kampagne „Thüringen. Überall gleich gut“ finden Sie unter: www.gleichgut.de

THÜRINGEN

ÜBERALL
GLEICH GUT.

LINKE THL
VIDEO-PODCAST.

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Proteste der Apotheken ernst nehmen

Ralf Plötner: Versorgung auf sichere Füße stellen

Die Apotheken protestierten Mitte Juni in Thüringen gegen den zunehmenden Personalmangel, die Folgen der Inflation und die zunehmende Belastung der Grundversorgung durch Lieferengpässe in Thüringen. Vor allem der ländliche Raum Thüringens leidet mittlerweile unter Schließungen von Apotheken, die keine ausreichende Finanzierung durch die Bundesebene erhalten, wie beispielsweise Lehesten oder Brotterode. Anlässlich dessen äußert sich der Sprecher für Pflege- und Gesundheitspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ralf Plötner:

„Der Protest der Apotheken macht auf die zunehmende Belastung durch Lieferengpässe von Medikamenten, Personalmangel und die weiterhin bestehende Inflation aufmerksam. Die Versorgung mit Arzneimitteln muss auf sichere Füße gestellt werden, denn die Folgen von Lieferengpässen von Medikamenten tragen vor allem ältere Menschen, Kinder und gesundheitlich geschwächte Personen. Hier muss die Frage gestellt werden, ob man die medikamentöse Produktion in die öffentliche Hand überführt. Der Profitdruck führt zu Mangellagen und Unterversorgungen, dabei ist eine ausreichende Grundversorgung auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es sollten auch Maßnahmen diskutiert werden, wie in andere Bundesländer abgewanderte Pharmazieabsolventen zurückgewonnen werden können. Das Potenzial hier kann viele Leerstellen schließen. Eine reine Erweiterung der Studienplätze wirkt nicht kurzfristig und schließt die gegenwärtigen Leerstellen nicht.“

Durch den demografischen Wandel leben in Thüringen immer mehr ältere



Abgeordneter Ralf Plötner mit Apotheker:innen aus dem Landkreis Altenburg
Zum Thüringer Streiktag am 14. Juni 2023

Menschen, was die Nachfrage nach medikamentösen Behandlungen erhöht. Gleichzeitig ist der Festbetrag, mit dem Apotheken die laufenden Kosten decken, durch die Bundesregierung seit zehn Jahren nicht angehoben worden, bei immer weiter steigenden Kosten.

Plötner führt weiter aus: „In der Corona-Pandemie haben uns die Apotheken sicher mit Medikamenten und Schutzmitteln versorgt. Sparpolitik kann hier nicht die richtige Lösung

sein. Gleichzeitig sollte den Apothekern und Apothekerinnen mehr Entscheidungsspielraum bei der Verordnung von Arzneimitteln gelassen werden. So werden bürokratische Hürden abgebaut und die grundständige ärztliche Versorgung entlastet. Zudem haben wir in Thüringen mit dem Modellprojekt ARMIN eine Struktur geschaffen, die über IT-gestützte Medikamentenüberwachung zwischen Ärzt:innen und Apotheker:innen nachweislich die

Sterblichkeit gesenkt hat. Das könnte auch auf Bundesebene überführt werden.

Wir als Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag setzen uns für den Erhalt und eine ausreichende Vergütungsstruktur für Apotheken in Thüringen ein, um die medikamentöse Grundversorgung der Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Raum Thüringens, sicherzustellen“, so Plötner abschließend.

Ehrenamt in Thüringen stärken

Ehrenamtsstiftung stellt sich der Fraktion vor

In einer Sitzung Mitte Juni diskutierten die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag gemeinsam mit Dr. Niels Lange (Geschäftsführer der Thüringer Ehrenamtsstiftung) zum Thema Ehrenamt in Thüringen. Dr. Lange begrüßte die Anwesenden und bekräftigte zu Beginn die Wichtigkeit der Arbeit der Stiftung. „Ich rede lieber von bürgerschaftlichem Engagement als von Ehrenamt, denn es geht um eine Aktivität, für die man kein Geld bekommt und die der Allgemeinheit dient“, so Dr. Lange. „Im Bundesland Thüringen engagieren sich 41 Prozent aller Menschen ab 14 Jahren mindestens zwei- bis dreimal die Woche ehrenamtlich. Damit liegt Thüringen über dem Bundesdurchschnitt.“ Die Stiftung sei ein unterstützendes Instrument für das gestiegene Engagement in den letzten Jahren.

Karola Stange, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin, äußert sich zu dem Austausch: „Ich freue mich sehr über den reichhaltigen Austausch mit Herrn

Lange in der Fraktionssitzung. Das soziale Engagement der Bevölkerung ist eine wesentliche Säule für die vielfältige und lebendige Gemeinschaft im Freistaat. Mit mittlerweile über 750.000 ehrenamtlichen Menschen findet sich eine große ehrenamtliche Struktur in Thüringen wieder.“

Die Abgeordnete appelliert für eine zukunftsfeste Ausgestaltung der ehrenamtlichen Infrastruktur durch ausreichend finanzielle Mittel und gute, diskriminierungsfreie Rahmenbedingungen, die es allen ermöglichen, einem sozialen Engagement nachzugehen. „Als Fraktion werden wir die heutigen Diskussionsergebnisse auswerten und uns über die nächsten Schritte verständigen, um das Ehrenamt vor Ort weiter zu stärken. Denn ich bin sicher: Als ein zentraler Ankerpunkt für das Zusammenleben der Gemeinschaft bedarf das Ehrenamt Schutz durch die Verankerung in der Thüringer Verfassung und die Einführung eines Thüringer Ehrenamtsgesetzes“, schließt die Abgeordnete ab.



Dr. Niels Lange (GF Thüringer Ehrenamtsstiftung) und Karola Stange (Mdl)
Lange stellt der Fraktion die Arbeit der Stiftung vor



elly berät dich in thüringen bei allen wichtigen fragen rund um #hatespeech

Bildrechte: „elly“ Beratungstelle / www.elly-beratung.de

Start der neuen Beratungsstelle gegen Hate Speech

Beratungsstelle „elly“ startet ihre Arbeit in Erfurt

Viele können behaupten, dass sie im analogen Alltag eher seltener offenen Beleidigungen oder Hass ausgesetzt sind. In der virtuellen Welt, dem Internet sieht das jedoch oft anders aus. Hier treffen Viele schnell auf wütende, hassgefüllte Kommentare, Tweets und Posts. Für diesen Hass im Netz gibt es den Begriff „Hate Speech“, also „Hass-Rede“. Der Landeszentrale für politische Bildung zufolge ist Hate Speech ein Phänomen, dem fast 80 Prozent der Menschen die sich im Internet aufhalten (ab 14 Jahren) schon einmal im Internet begegnet sind. Besonders stark zeige sich das bei jungen Menschen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren, von denen nur wenige ein Internet ohne Hass kennen.

Beratungsstelle „elly“ begleitet und unterstützt

DIE LINKE Fraktion im Thüringer Landtag hat sich deshalb bereits über Jahre dafür eingesetzt eine Beratungsstelle gegen Hate Speech einzusetzen. Bereits Ende 2020 konnte diese gemeinsam mit den Partner:innen von LINKE, SPD und GRÜNE und dank Unterstützung der CDU im Haushalt verankert werden. Nun wird sie endlich Realität.

Anlässlich der Eröffnung der neuen Hatespeech-Beratung „elly“ in Thüringen erklärt Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Wir erleben virtuellen Hass in Thüringen gegen Frauen, die für gleiche Rechte streiten, gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, kommunal Engagierte oder gegen Menschen



„Thüringen setzt mit der Beratungsstelle erneut progressive Akzente, denn die absolute Mehrheit der Bundesländer verfügt nicht über eine derart konkret ausgerichtete Beratungsstruktur.“

Katharina König-Preuss
Sprecherin für Antidiskriminierung

aus Medizin und Wissenschaft, die einfach nur ihren Job machen. Wer heute Verständnis für Geflüchtete in Not zeigt, kann morgen schon mit massiven Bedrohungen konfrontiert sein. Soziale Medien wirken teils als Brandbeschleuniger für Hatespeech. Alleine das Hell-

feld, die gesamte polizeilich erfasste strafbare Hasskriminalität in Thüringen, ist 2022 um 47 Prozent auf 573 Fälle gestiegen – nur ein bekanntgewordener Bruchteil aller tatsächlichen Fälle. Umso wichtiger ist es, dass nun endlich eine Hatespeech-Beratungsstruktur in Thüringen an den Start geht. Thüringen setzt damit erneut progressive Akzente, denn die absolute Mehrheit der Bundesländer verfügt nicht über eine derart konkret ausgerichtete Beratungsstruktur. Mir ist nur Rheinland-Pfalz mit einem ähnlichen Angebot bekannt.“

Aus Worten können Taten werden

König-Preuss weiter: „Es gibt viel Verunsicherung: Was ist strafbar, was ist Grauzone, wie kann ich mich dagegen wehren, welche Chancen gibt es, gegen massive Shitstorms und Bedrohungen anzukommen. Hier gab es bislang eine Beratungslücke in Thüringen, da wir zwar Strukturen dafür haben, Opfer bei vor allem physischer Gewalt zu betreuen und im günstigsten Fall ermittelte Verdächtige im Nachgang behördlich zu verfolgen, nicht aber für den darunterliegenden Bereich, der teilweise massive, auch gesundheitliche, soziale oder ökonomische Folgen für Betroffene haben kann – vor allem aber auch demokratische Auswirkungen auf die Meinungsvielfalt, Teilhabe und politische Mitbestimmung.“ König-Preuss erinnert daran, wie schnell aus Worten Taten werden können, im Fall vom Mord an Walter Lübcke nachzuvollziehen. Der Ursprung lag auch in einer

Vielzahl virtueller Hassbotschaften. Umso dringender ist es hier, konsequent mit allen Ressourcen gegenzusteuern. Perspektivisch braucht es eine Entfristung der Strukturen, damit sich die Hatespeech-Beratungsstelle auf ihr Kerngeschäft konzentrieren kann und nicht mit jedem Jahresende um ihr Fortbestehen bangen muss. Nachdem bereits mehrere Jahre bei der Errichtung der Stelle verschenkt wurden, darf es keine weiteren bürokratischen Hürden geben. Für den Haushalt 2024 sollte das auch heißen: Keine Kürzungen, sondern Verstärkungen bei der Stärkung von Strukturen der Demokratieförderung.“

König-Preuss freut sich, dass das Beratungsprojekt „elly“ bei der Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt „ezra“ angebunden ist: Damit sei eine sehr gute Verankerung und Vernetzung in Thüringen vorhanden, die es „elly“ erleichtern werde, bekannt zu werden und Fuß zu fassen. „Ich freue mich auch angesichts von zahlreichen Fällen im „Hatespeech“-Bereich, die mir aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen bekannt sind, dass es nun mit „elly“ eine entsprechende Anlaufstelle in Thüringen für Betroffene gibt“, schließt die Abgeordnete ab.



Mehr Informationen zur Beratungsstelle finden Sie unter:
www.elly-beratung.de

Der neue Wirtschaftskrieg

Bericht über eine spannende Diskussionsveranstaltung im Glashaus Jena Paradies

In vielen Landes- und Kreisverbänden der Partei DIE LINKE sowie bei Sympathisant:innen wird seit dem Beginn des Angriffs von Russland auf die gesamte Ukraine kontrovers über Waffenlieferungen diskutiert, jedoch weniger über die Wirtschafts- und Finanzsanktionen und deren aktuelle Wirksamkeit als Instrument des Westens gegen das Vorgehen Russlands. Deshalb lud die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Anfang Juni den Autor und studierten Ökonom und Betriebswirt Maurice Höfgen nach Jena ins „Glashaus“ ein. Mit dem Ziel, über sein Buch „Der neue Wirtschaftskrieg“ zu diskutieren und mit ihm über den Krieg in der Ukraine und seine wirtschaftspolitischen Folgen ins Gespräch zu kommen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion.



Effektive Sanktionen?

Etwa 30 Gäste waren gekommen, um Höfgens Ausführungen und Thesen zu Oligarchen-Sanktionen, die Rolle von Zentralbanken, Exportverboten und Energie-Embargos zu lauschen. Mit kritischem Blick auf die Effektivität dieser Sanktionen, hinterfragte der Autor die bisherige Wirtschaftspolitik und skizzierte die Hintergründe. Auch einzelne mächtige Personen im persönlichen Umfeld des russischen Präsidenten Wladimir Putin wurden gezielt beleuchtet. So wurde mit Blick auf den Oligarchen Alisher Usmanow und seiner Immobilien am Tegernsee in Bayern erklärt, dass es kaum möglich sei, ihn zu sanktionieren, da im Grundbuch Firmen eingetragen seien und keine Personen, was schon die Zuordnung von Immobilien erheblich erschwert. Ein einheitliches und digital recherchierbares Immobilienregister gäbe es bis heute nicht, kritisierte der Autor, der in der Vergangenheit auch im Kontext des Wirecard-Untersuchungsaus-

schusses für MdB Fabio de Masi arbeitete. Die Festsetzung von Usmanows Super-Jacht „Dilbar“ wurde erst möglich, nachdem man herausfand, dass diese auf die Schwester von Alisher Usmanow eingetragen ist, die dann erst noch mit auf die Sanktionsliste des Westens gesetzt werden musste.

Ära Merkel

Zudem bedeutet das Einfrieren von Geldern und Besitztümern, dass die Eigentümer die Gegenstände und Objekte weiterhin benutzen können, aber diese nicht verkauft, vermietet oder außer Landes gebracht werden dürfen und somit die Sanktionen weniger wirken als erhofft. Abhängigkeit von russischer Energie, Investitionsstau und die Problematik der Geldwäsche im Immobiliensektor als politische Fehler der Vergangenheit durch die Ära der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela

Merkel, die nun unmittelbar spürbar werden, waren ebenfalls Bestandteil des Vortrags. Machtstrukturen und Marktmechanismen in Krisenzeiten haben nicht nur direkte Auswirkungen auf die beteiligten Länder, sondern sind auch in anderen Regionen der Welt spürbar. Kollateralschäden, wie gestiegene Preise für Weizen und LNG (flüssiges Erdgas) in Europa haben im Hinblick auf die Bedarfe in anderen Ländern noch deutlich schlimmere Auswirkungen, auch weil Spekulanten an den Börsen zum Beispiel in den USA diesen Krieg nutzen um auf steigende Preise zu wette, was die Preiserhöhungen befeuert. Auch Zusammenschlüsse von Ländern und deren Macht verschiebt sich, wenn Wirtschaftssanktionen ihre Wirkung verfehlen und neue globale Lieferbeziehungen entstehen. Langfristige Auswirkungen der Sanktionen - auch gegen Zentralbanken - sind von heute aus nur zu erahnen. Abgeordneter Schubert erklärt: „Aktuell scheinen eher die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) als Alternative für wirtschaftliche Kooperation an Bedeutung zu gewinnen und könnten somit langfristig im Welthandel den G7 Staaten auch den Rang ablaufen. Dies hätte dann auch Auswirkungen für die EU und Deutschland als Wirtschaftsstandort.“

Im Anschluss fand eine offene Diskussion mit dem Autor und den Anwesenden statt. Andreas Schubert moderierte die Diskussion, die geprägt von

Perspektivwechsel

verschiedenen Perspektiven war. Viele junge Menschen bewegt eben nicht nur die Frage, ob Waffenlieferungen an die Ukraine nun richtig oder falsch seien, sondern warum Bundeskanzler Olaf Scholz 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und damit für Rüstungsvorhaben ausgibt, aber scheinbar kein Geld für dringende Investitionen im Bereich Bildung, Pflege, Gesundheit und Infrastruktur da sei. Hier verwies Schubert auf den Vorschlag der LINKE 100 Milliarden Euro nicht für Rüstung sondern als Sondervermögen für die Energiewende mit der Dekarbonisierung von Wirtschaft und Mobilität ins Grundgesetz aufzunehmen, auch um gar keine neuen Abhängigkeiten durch andere Lieferanten fossiler Energien mehr entstehen zu lassen: „Dieses Vorgehen war von den anderen Parteien nicht gewollt, obwohl alle Expert:innen darauf hinweisen, dass wir diesen Transformationsprozess deutlich beschleunigen müssen, da wir ansonsten unsere Zukunftschancen verspielen würden.“ Ein ebenfalls kontrovers diskutiertes

Thema war die Schuldenbremse auf bundespolitischer und kommunaler Ebene.

politischer und kommunaler Ebene.

Keine einfachen Lösungen

Das Angebot von Finanzminister Christian Lindner aus dem letzten Jahr die Hälfte der Schulden der Kommunen vom Bund zu übernehmen, im Gegenzug dafür aber eine Art kommunale Schuldenbremse einführen zu wollen, wurde als ein vergiftetes Geschenk bezeichnet. Mit so einer Politik werden



nötige Investitionen in die Zukunft demnächst kaum noch möglich sein. Insgesamt wurde in dem Vortrag und auch in der Diskussion vor allem deutlich, dass es keine einfachen Lösungen für komplexe politische Probleme und insbesondere die wirtschaftlichen Verflechtungen in einer globalisierten Welt gibt. Dies lässt sich als abschließendes Resümee durch die Inhalte der Veranstaltung und die Beiträge der Gäste deutlich erkennen.



Der neue
Wirtschaftskrieg,
Maurice Höfgen

Verlag:
Brumaire Verlag
Seitenzahl:
276
ISBN:
978-3-948608-23-1

Wohnen ist Menschenrecht

Veranstaltung im Thüringer Landtag stellt Gegenentwürfe zur Immobilienwirtschaft vor



Menschenwürdiges Wohnen

ist eine unverzichtbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Doch der Bereich des Wohnens wird immer stärker den profitorientierten Marktmechanismen unterworfen. Das steht jedoch im Gegensatz zu den Vorgaben des Sozialpakts der UN. Auf der Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE wurden vier Projekte und Netzwerke vorgestellt.

Thüringer Wohnprojekte

Das Wohnprojekt Alte Feuerwache Weimar, das Wohnprojekte Netzwerk „Quartiere für als Vernetzungsstruktur für Thüringen“ sowie das Ackersyndikat Dondorf als Beispiel für die Verbindung von Leben, Wohnen und Arbeiten. Ute Lukasch, wohnungspolitische Sprecherin informierte drüber, dass das Infrastrukturministerium (LINKE) in wenigen Tagen eine weiterentwickelte Förderrichtlinie veröffentlichen werde. Die Wohnprojekte erfüllen in vorbildlicher Weise die sozialen



Vorgaben der UN. Miethäusersyndikatsprojekte seien basisdemokratisch in ihrer Entscheidungsfindung und wirtschaftlich gesehen nicht profitorientiert organisiert. So seien im Prinzip auch Bürgerenergiegenossenschaften organisiert und Gegenmodelle gegenüber zunehmender Marktdynamik im Bereich Energie.

Klar wurde in der Diskussion auch, dass gerade die selbstorganisierten Projekte in besondere Weise die Teilhabe aller Menschen am Recht auf Wohnen sicherstellen. Die LINKE-Fraktion sagte den Akteuren weitere Unterstützung für die Verbesserung der notwendigen Rahmenbedingungen zu. Der Austausch zu den Themen Wohnen und Energie, wichtige Themen für alle Menschen, soll intensiv fortgesetzt werden.

Die Unterschiede

In der Veranstaltung wurde auch der Unterschied zwischen genossenschaftlichem Wohnen und Miethäuser-Syndikaten deutlich. Die „klassischen“ Genossenschaften treten als Bauträger von Wohnraum auf und vergeben dann die Wohnungen an Mieter, die dann einen Genossenschaftsanteil erwerben. Bei Projekten von Miethäuser-Syndikaten findet sich zuerst eine Gruppe Leute, die sich dann darüber verständigt, welche Art von Wohnprojekt und Immobilie geschaffen bzw. umgestaltet bzw. gebaut werden soll. Syndikatsprojekte sind damit viel weitgehender basisdemokratisch geplant und organisiert als die üblichen Wohnungsgenossenschaften, die ab einer bestimmten

Größe Gefahr laufen fast zu einem normalen Wohnungskonzern zu werden. Die Informations- und Diskussionsveranstaltung zeigte auch: Die Miethäuser-Syndikate sind sogar besser als der übliche soziale Wohnungsbau, der nach einer bestimmten Frist aus der Sozialbindung fällt, geeignet sozial verträgliche Wohn- und Mietbedingungen über lange Zeit zu bewahren. Die sozial gestaltete Wohn- und Nutzungs-

bedingungen verstärken sich über die Jahre sogar. Den inhaltlichen Kontrast dazu setzte ein Teilnehmer der Veranstaltung, der einen ausführlichen und informativen Bericht seiner Erfahrungen als Mieter einer Vonovia-Wohnung gab. Es wurde deutlich welche gesellschaftspolitischen Welten zwischen den Konzepten und Aktivitäten eines auf Rendite- bzw. Profitzielung ausgerichteten Wohnungskonzerns und solchen von Miethäuser-Syndikaten wie den Mitgliedsprojekten von „Quartiere für alle“ liegen.

Der Gegenentwurf zur Marktlogik

Als konkretes Mitgliedsprojekt gab die „Alte Feuerwache Weimar“ einen spannenden und sehr konkreten Einblick über Entwicklung, Stand und weitere Vorhaben des Projekts. An diesem konkreten Fall wurde auch deutlich, dass solche Wohnprojekte tatsächlich praktisch sinnvolle Gegenentwürfe zur „Marktlogik“ und Profitgetriebenheit der großen Wohnungskonzerne sind, dass aber auch diese Gegenmodelle, denen man viel weitere

Verbreitung wünscht, sich nicht ganz vom Mechanismen des derzeit herrschenden Wirtschaftssystems freimachen können - bis hin zur Inflation. Also Kostensteigerung bei den Material- und Handwerkerpreisen. In der Veranstaltung stellte sich auch das Ackersyndikat Donorf vor als ein noch umfassenderes selbstorganisiertes Projekt, das neben dem Wohnen auch das Arbeiten umfasst und als Projekt in einer ländlichen Gegend Thüringens so auch zur Entwicklung dieser Gegend mittels eines basisdemokratisch von unten organisierten Projekts beiträgt. Vertreter:innen des Projekts weisen darauf hin, dass zur weiteren Entwicklung der ländlichen Gegenden in Thüringen auf jeden Fall die Mobilitäts- und Versorgungsinfrastruktur flächendeckend verbessert werden müsste.

Das Projekt des Ackersyndikats ist auch deshalb so positiv zu bewerten, weil es Wohnen und Arbeiten an einem Ort verbindet, also nicht zu den typischen Pendlerbewegungen vom Land in die Stadt zum Arbeiten führt, und durch regionale Vermarktung der erzeugten Produkte auch die Versorgungsinfrastruktur vor Ort stärkt. Weil menschenwürdiges Wohnen (ist als recht sogar in Artikel 11 des UN-Sozialpaktes und weiteren Dokumenten der UN sehr konkret festgeschrieben) nicht

ohne den Zugang zu (bezahlbarer) Energie möglich ist (so auch der UN-Sozialpakt) stellte sich auch die Bürgerenergiegenossenschaft Saale Holzland mit ihren Projekten vor, die alle dem Konzept einer „ökologisch-sozialen Energiewende von unten“ verpflichtet sind. Deren Vertreter gab zusätzlich noch Einblick in die Arbeit des Dachverbands der Thüringer Energiegenossenschaften. Er betonte, dass eine intensive Beratungs- und Vernetzungsarbeit wichtig ist, um noch mehr Menschen für solche Projekte wie Energiegenossenschaften und selbstorganisierte Wohnprojekte zu gewinnen. Allerdings haben alle genannten Projekte deutlich gemacht, dass die öffentlichen Förder- und Unterstützungsstrukturen für diese Projektformen noch verbesserungsbedürftig sind. Wichtig wäre, so „Quartiere für alle“, als erster Schritt die Beratungs- und Vernetzungsstrukturen in Thüringen für diese Vorhaben zu verbessern und stellte im Rahmen der Veranstaltung entsprechende Konzept-Ideen vor.



„Gerade auch sachliche Kritik hilft weiter!“

Ute Lukasch, wohnungspolitische Sprecherin und Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Verfassung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag informierten die Anwesenden abschließend über die Aktivitäten von LINKE, SPD und GRÜNEN zur Verbesserung der Fördersituation im Bereich Wohnen in Thüringen und auch darüber, dass noch im Juni eine neu gestaltete Förderrichtlinie veröffentlicht wird.

Die beiden Abgeordneten bedankten sich bei den Teilnehmer:innen der Veranstaltung, vor allem den Projekten, für die wichtigen Informationen, Vorschläge und ebenso auch für die wichtigen kritischen Anmerkungen.

Thüringen zu Gast in Schmalkalden

Die Fraktion DIE LINKE beim Thüringentag 2023

Thüringen traf sich in diesem Jahr zum 18. Thüringentag in Schmalkalden. Auf verschiedenen Festmeilen und Bühnen präsentierten sich Vereine, Verbände, Aussteller, Schausteller, Einrichtungen und Institutionen. So gab einige Angebote für Kinder und Familien, verschiedenen sportliche Mitmachprogramme sowie auf dem Gelände der Agrargenossenschaft Tier- und Technikshows.

Die Blaulichtmeile im Stadion bot einen Blick hinter die Kulissen von Polizei, Feuerwehr und Hilfsorganisationen. Auf der „Politmeile“ am Neumarkt zeigte sich der Thüringer Landtag und die einzelnen Fraktionen mit Ständen.

Auch die Fraktion DIE LINKE nahm daran teil und freute sich über gute Gespräche und nette Begegnungen an diesem Wochenende. „Der Thüringentag ist immer eine gute Gelegenheit für Bürger:innen Fragen zu stellen, die wir direkt beantworten, aber auch teilweise in unsere eigene Arbeit mitnehmen können“, erklärt Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender. Ministerpräsident Bodo Ramelow kündigte bereits im Vorfeld des Thüringentages an, dass die Großveranstaltung neue Maßstäbe in Sachen Nachhaltigkeit setzen solle.

Ramelow erinnerte auch an die Herausforderungen, die wegen der Corona-

Pandemie bewältigt werden mussten. „Ich bin froh, dass wir hier endlich wieder zusammen kommen und die Menschen auch wieder miteinander feiern können“, sagte Ramelow beim Polit-Gespräch am Samstag auf dem Neumarkt

„Thüringens Grüner Tag“ – erstmals stand der Thüringentag unter einem grünen Motto. Die Organisator:innen griffen damit die aktuellen gesellschaftlichen Fragen rund um die Themen Ernährung, Landwirtschaft, Klimawandel und Mobilität auf. Wie kann die sozial-ökologische Transformation gelingen? Dazu und auch zu anderen Themen luden die Gesprächsangebote

in Schmalkalden ein. „Beim Thema Klimapolitik müssten wir an einem Strang ziehen und den Streit darüber führen, was der beste Weg um die Klimaziele zu erreichen? Was wir aber erleben sind Ablehnung und unpassende populistische Aktionen. Hier wird die Angst der Menschen nicht genommen, sondern nur vergrößert“, äußerte sich Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes bei der öffentlichen Fragerunde der Fraktionsvorsitzenden des Thüringer Landtages. Zehntausende besuchten nach Angaben der Stadt Schmalkalden den diesjährigen Thüringentag. 2025 findet dieser dann in Gotha statt.

